

Fortsetzung von Seite 1

„Wir brauchen einen konsequenten Politikwechsel!“

Binnenwirtschaft und regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu stärken! Wir benötigen eine am heimischen Lebensraum und am Bedarf der Menschen orientierte, vielseitige und ausgewogene soziale Volkswirtschaft, die ihren Schwerpunkt nicht in der einseitigen Exportwirtschaft, sondern in der Stärkung der Binnenwirtschaft sieht. Deutschland muß eine aktive Industriepolitik betreiben, um zu verhindern, daß die produzierenden Kernbestandteile der deutschen Volkswirtschaft geschlossen und ins Ausland verlagert werden. Dies gilt insbesondere für unseren Landkreis. Das Geld der Steuerzahler darf nicht zur Rettung von Banken und Finanzspekulanten mißbraucht werden, sondern muß in die Standortsicherung von produzierenden und forschenden Unternehmen der Realwirtschaft investiert werden.

Das Sozialversicherungssystem gehört in staatliche Hand! Privatisierung im Bereich der sozialen Sicherungssysteme lehnen wir Nationaldemokraten entschieden ab. Stattdessen ist ein staatlich organisiertes Sozialversicherungsmodell zu schaffen, an dem sich alle Deutschen (einschließlich der Beamten), gleich welchen Einkommens, beteiligen. Auch im Kreis Böblingen hat das Landratsamt die Verpflichtung, ordentlich und vernünftig in

unserem Sinne zu wirtschaften.

Wir brauchen einen Kinderbonus! Denn die Einführung eines Kinderbonus in der Volksrentenkasse, gestaffelt nach Kinderzahl, würdigt die Erziehungsleistung für das Allgemeinwohl.

Wir benötigen eine Reform des Rechtssystems! Denn Opferschutz muß vor Täterschutz stehen. Politiker, Regierungs- und Verwaltungsbeamte, die vorsätzlich oder fahrlässig dem Volksvermögen Schaden zufügen, sind persönlich zur Verantwortung zu ziehen und ggf. mit ihrem Privatvermögen haftbar zu machen. Die Kosten des Landkreises für

„Ich sage das, was andere verschweigen wollen.“ J. Nowak

den „Täterschutz“ (Jugendgerichtshilfe) zeichnen ein deutliches Bild. Es kann nicht sein, daß dies von UNS finanziert wird, während ein Opfer auf seinem Schaden materiell und seelisch sitzen bleibt!

Des weiteren brauchen wir dringend eine Kursänderung in der Ausländerpolitik! Ausländer, die in Deutschland Straftaten verüben, haben ihr Gastrecht verwirkt und müssen umgehend in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden. Kriminelle Asylbewerber verwirken automatisch ihren Asylanspruch, weil sie damit dokumentieren, daß sie auf die Gastfreundschaft des Landes, dessen Schutz sie begehren, keinen Wert legen. Asylbewerber, deren Anträge rechtskräftig abgelehnt wurden, müssen sofort in ihre Heimat zurückkehren. Der systematische Mißbrauch des deutschen Asylrechts durch illegale Bleiberechtsregelungen ist zu beenden. Bauliche und kulturelle Veränderungen, etwa durch fremdreligiöse Bauten, sind zu stoppen. ■■■



MITMACHEN

- Ich bin an Ihrer Arbeit interessiert. Bitte schicken Sie mir kostenlos Informationsmaterial.
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahren).
- Ich möchte Mitglied der JN werden (ab 14 Jahren).
- Ich möchte die Monatszeitung DEUTSCHE STIMME abonnieren (30,00 EURO für 12 Ausgaben). www.deutsche-stimme.de



Informieren. Überzeugen. Verändern.
www.npd-materialdienst.de



Name, Vorname Alter

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

ePost

Telefon

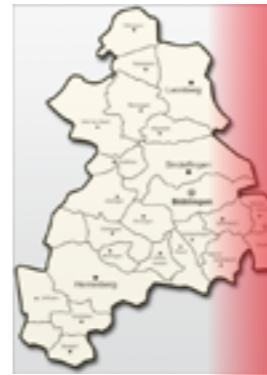
NPD Kreis Böblingen
Postfach 115, 71043 Sindelfingen

www.npd-bb.de
www.janus-nowak.de (Facebook)

07032 - 89 58 42

info@npd-bb.de

V.i.S.d.P.: Janus Nowak, Postfach 115, 71043 Sindelfingen, E.I.S.



INFORMATIONEN FÜR MÜNDIGE BÜRGER

UNBEQUEME NACHRICHTEN

aus dem Böblinger Kreistag

KOMMENTAR

Liebe Einwohner,

wie einige von Ihnen vielleicht schon wissen, treten wir auch zur nächsten Kreistagswahl in unserem Landkreis an. Ich möchte als NPD-Kreisrat die Möglichkeit nutzen, um den Menschen die Programmatik und die Inhalte meiner Partei näherzubringen. Ob Euro-Krise, soziale Schieflage, wachsende Überfremdung und Kriminalität – die herrschende Politik hat auf die dringlichen Fragen der Zeit längst keine Antworten mehr. Es gilt, einen neuen Politikansatz durchzusetzen. Des weiteren gilt: jede Stimme, die wir als Nationaldemokraten erkämpfen, erhöht den Druck auf die ‚großkopferten‘ Versager-Parteien, damit diese ihre inländerfeindliche Politik ändern. Wir dürfen nicht zulassen, daß sie im Kreistag unter sich bleiben und dann über unseren Köpfen hinweg weiterhin Dinge in Gang setzen, die uns langfristig schaden. Aus diesem Grunde möchte ich im Kreis Böblingen eine Kandidatenliste aufstellen, die nicht nur aus NPD-Mitgliedern mit großem Herz besteht, sondern auch aus sozial-engagierten Bürgern des Landkreises, welche ‚denen da oben‘ auf die Pfoten klopfen wollen.

Schreiben Sie mir unter:
NPD Kreis Böblingen
„Kreistagswahl 2014“
Postfach 115
71043 Sindelfingen

Ich würde mich freuen, Sie demnächst persönlich kennenlernen zu dürfen und mit Ihnen gemeinsam für den Erhalt unserer Heimat einzustehen.

Mit heimattreuen Grüßen
Ihr NPD-Kreisrat Janus Nowak

NPD-Kreisrat Janus Nowak:

„Wir brauchen einen konsequenten Politikwechsel!“



Alle wollen, daß noch mehr Zuwanderer nach Deutschland und somit auch in den Kreis Böblingen kommen – obwohl Ausländer nicht zwangsläufig eine „Bereicherung“ für unser Land sind.

Alle Kreistagsfraktionen, die auch im Landtag und Bundestag vertreten sind, tragen durch ihre Politik dafür Verantwortung, daß das Leben in Deutschland immer teurer wird, daß die Mieten explodieren, daß der Strom- und Benzinpreis steigt, daß es so schwer ist, eine bezahlbare Wohnung zu bekommen.

Wir brauchen deshalb einen konsequenten Politikwechsel! Dafür muß sich folgendes ändern:

Wir brauchen eine solidarische Wirtschaftsordnung! Die infrastrukturelle Grundversorgung und Daseinsvorsorge (z.B. Bahn, Post, Energie, Wasser) gehört in staatliche Hand. Unternehmen, die im Ausland produzieren, werden mit einer Anti-Lohndumping- und Umweltschutzabgabe belegt, um hiesige Unternehmen mit ihren Sozial- und Umweltstandards zu schützen.

Fakt ist: Alle Kreistagsfraktionen – die sogenannten „demokratischen“ Parteien – sind sich in allen wichtigen politischen Fragen völlig einig. Ob SPD oder CDU, FDP, GRÜNE oder FREIE WÄHLER, es macht keinen Unterschied: Alle wollen mit unserem – auch Ihrem! – Geld den Euro, Griechenland und die übrigen europäischen Schuldenstaaten „retten“, obwohl alle insgeheim wissen, daß diese Politik längst gescheitert ist.

Bitte lesen Sie auf Seite 4 weiter

Gastbeitrag von Ronny Zasowk:

Das Asylrecht als Sinnbild bundesdeutscher Doppelmoral



Während jeder dahergelaufene Wirtschaftsflüchtling aus Afrika oder Asien von den etablierten Parteien herzlich willkommen geheißen wird, wird dem ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden

Asyl in Deutschland verwehrt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nun signalisiert, daß ihr die Freundschaft zum großen Bruder in Übersee wichtiger sei als die ganze Wahrheit über das Ausmaß der Bespitzelung durch US-Geheimdienste. Obwohl sie selbst über zehn Jahre hinweg Aufklärungsziel der NSA war, unser ganzes Volk widerrechtlich totalüberwacht wird und aller Voraussicht nach seit Jahren Milliarden Schäden durch Industriespionage entstehen, verzichtet sie auf echte Aufklärung zugunsten eines überaus fragwürdigen transatlantischen Bündnisses.

Merkel warnt vor einem Zerwürfnis im Verhältnis zwischen Deutschland und den USA. Die Frage muß erlaubt sein, was denn diese immer wieder beschworene Freundschaft wert sein soll, wenn der eine „Freund“ den anderen entgegen aller völkerrechtlichen Grundsätze bespitzelt und mit Konsequenzen droht, wenn dieser nach Aufklärung verlangt.

Durch nichts hätte eindrucksvoller bewiesen werden können, wie wenig souverän Deutschland ist. Merkel ließ ihren Regierungssprecher Steffen Seibert sinngemäß ausrichten, daß man sich zwar dem Schutz der Daten und der Privatsphäre der Bürger verpflichtet fühle, daß dabei aber vorrangig die Bündnisinteressen

sen – oder besser gesagt die Interessen des Bündnispartners – berücksichtigt werden müssen. Indirekt warnte er vor Konsequenzen seitens der USA, sollte sich Deutschland dazu aufraffen, Snowden nach Deutschland zu holen und ihn hier zu befragen.

Das von vielen hochrangigen CDU-Politikern angekündigte Anti-Späh-Abkommen dürfte sich somit schnell als zahnlöser Tiger erweisen, werden die USA doch mit Sicherheit nicht darauf verzichten, weiterhin Telekommunikationsdaten aus Deutschland auszuspionieren.

Nicht nur die angekündigte Aufklärung des Skandals hat sich schnell als Farce erwiesen. Auch das Asylrecht als solches hat sich im Zuge der Snowden-Affäre nicht als Recht zum Schutz vor politischer Verfolgung (nichts anderes hätte Edward Snowden in den USA zu erwarten), sondern als Instrument zur Masseneinwanderung unter dem Deckmantel humanitärer Rechte herauskristallisiert.

Wäre das Recht auf Asyl tatsächlich dafür geschaffen worden, politisch Verfolgten Zuflucht zu gewähren, wäre es die oberste Pflicht der Regierung, Snowden hierzulande Asyl zu gewähren, weil er sich um Deutschland verdient gemacht hat, uns weitere Einblicke in die wahren Ausmaße der US-Spionage gewähren könnte und weil er eben politisch verfolgt wird.

Stattdessen kommen hunderttausende Wirtschaftsflüchtlinge auf dem Ticket des Asylrechts nach Deutschland, ohne die Absicht zu haben, auch nur einen Finger krumm zu machen und ohne tatsächlich von politischer Verfolgung bedroht zu sein.

in Kauf nehmen, wenn wir unsere humanitären Verpflichtungen erfüllen wollen.“ (...)

„Im kommenden Haushalt müssen wir 130.000 Euro aus eigener Tasche drauflegen.“

Landrat Roland Bernhard in seiner Haushaltsrede am 14.10.2013

FAKT: 98% aller Asylbewerber werden nicht anerkannt, weil sie zu den Wohlstandsflüchtlingen zählen. Die meisten dürfen trotzdem bleiben!

„Atemnot löst derzeit auch die Situation bei den Flüchtlingen aus.“

„Zuletzt haben uns schlimme Nachrichten aus Südeuropa erreicht. Vor Lampedusa sind Hunderte Menschen auf ihrem Weg nach Europa ertrunken. Es ist beklemmend zu hören, dass diese Menschen auf der Flucht vor Krieg und Elend zu uns, umkommen mussten. In Europa geht es uns vergleichsweise gut, besonders in Deutschland haben wir einen Wohlstand erreicht, den es so noch nie gab. Im Grundgesetz steht: ‚Die Würde des Menschen ist Unantastbar.‘ Ich halte es für unsere Pflicht, Menschen, die bei uns Asyl beantragen würdevoll zu behandeln. Dass damit hohe Flüchtlingszahlen einhergehen, müssen wir notgedrungen



Auf ein in der öffentlich geführten Asyl-Debatte kaum erwähntes Problem hat nun das Robert-Koch-Institut (RKI) aufmerksam gemacht. Die Masseneinwanderung und zunehmende Asylflut bringt nicht nur Kosten in Milliardenhöhe und eine massive Kriminalitätsbelastung mit sich, sondern auch die Gefahr des Imports hierzulande tot geglaubter Krankheiten.

Nachdem vor einigen Monaten ein bayrischer Regionalsender ohne Rücksicht auf die in Deutschland geltenden Ge- und Verbote der politischen Korrektheit darauf hinwies, daß die Zuwanderung von Sinti

und Roma die Tuberkulose wieder nach Deutschland zurückbringen könnte, schilderte das RKI nun ein anderes, düsteres Zukunftsszenario. Aufgrund der verstärkten Ausbreitung des Polio-Virus in Syrien besteht die Gefahr, daß infizierte Flüchtlinge bzw. Asylbewerber das lebensbedrohliche Virus nach Deutschland tragen.

Die Kinderlähmung greift derzeit in dem Bürgerkriegsland um sich, während sie in Deutschland über viele Jahre hinweg kaum noch eine Rolle spielte. Dadurch sei die Erkrankung bei vielen Deutschen in Vergessenheit geraten, weshalb die Ansicht verbreitet ist, daß man keinen Schutz mehr brauche.

Besonders im Nordosten Syriens breite sich die Krankheit laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) dramatisch aus. Das Virus wird durch Tröpfchen übertragen und gelangt binnen weniger Stunden ins Gehirn oder ins Rückenmark. Häufig endet eine Erkrankung mit dem Tod oder schwersten Behinderungen. Aufgrund des Konflikts in Syrien war es bisher nicht möglich, einen

umfassenden Impfschutz zu gewährleisten. Über 500.000 Kinder konnten bisher nicht geimpft werden. Aufgrund der massenhaften Aufnahme syrischer Flüchtlinge in Deutschland sowie dem fahrlässigerweise verkündeten Abschiebestopp besteht somit auch in Deutschland die Gefahr, daß sich Kinder mit dem tödlichen Virus infizieren. Das RKI fordert eine gründliche Überprüfung der Flüchtlinge, die nach Deutschland einreisen, um die Einschleppung der Polio-Viren zu verhindern. Weitere Länder, in denen Polio noch immer eine große Gefahr darstellt, sind Afghanistan, Pakistan und Nigeria. Auch in Kenia, Sudan, Somalia, Äthiopien und Kamerun hat es in den letzten Jahren regionale Ausbrüche der Krankheit gegeben.

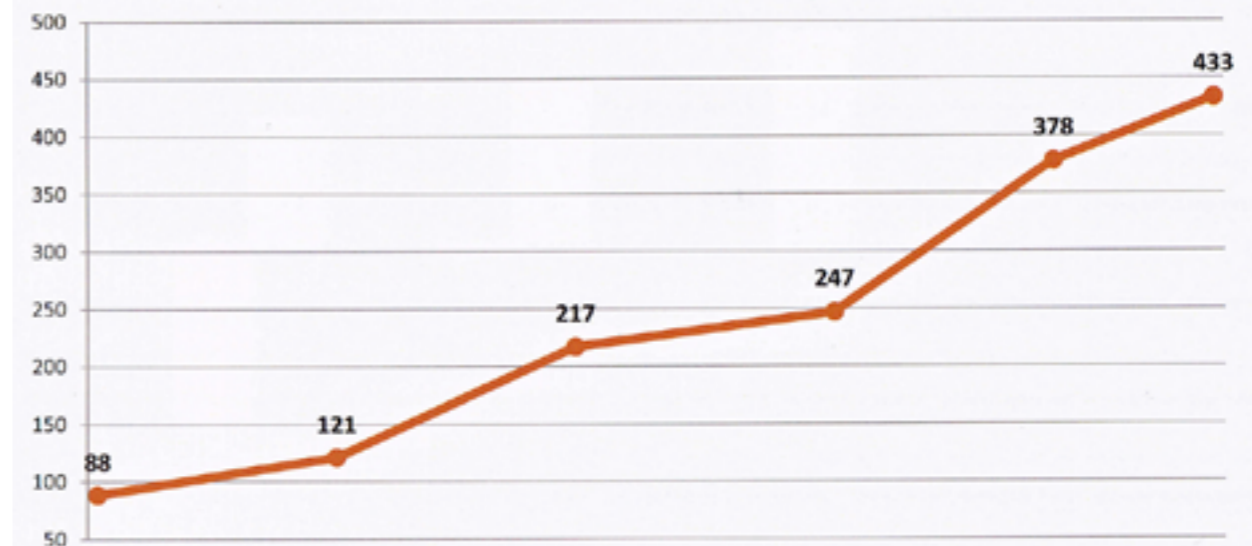
Bisher haben sich abgesehen vom „Spiegel“, der „Augsburger Allgemeinen“ und der „Welt“ nur wenige Zeitungen an das schwierige Thema herangewagt. Die NPD ist der Ansicht, daß dieses polarisierende Thema nicht aus der Asyl-Debatte ausgeklammert werden darf. Die deutsche Politik hat gemäß dem Politikeramtseid dafür zu sorgen, daß Schaden vom deutschen Volk abgewendet wird. Deshalb hat Einwanderung – auch im Rahmen des Asylrechts – aus Hochrisikoländern zu unterbleiben.

Ronny Zasowk

Geschätzte Gesamtkosten für 2014 im Kreis BB: 2,3 Mio €

Flüchtlingsunterbringung im Landkreis Böblingen

Belegungsentwicklung Dezember 2008 bis August 2013



Landrat Bernhard: „Im kommenden Haushalt müssen wir 130.000 Euro aus eigener Tasche drauflegen.“

